

Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder

Die Vorsitzende

Senatorin Iris Spranger

**INNENMINISTER:INNEN
KONFERENZ BERLIN 2023**



Per E-Mail: (CNECT-RSPG@ec.europa.eu)

An die

Radio Spectrum Policy Group

Nachrichtlich:

An die

Bundesministerin des Innern und für Heimat

die Innenministerinnen und Innenminister

sowie die Innensenatoren der Länder

Ständige IMK-Geschäftsstelle beim Bundesrat

Geschäftsstelle IMK-Vorsitz 2023:

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Klosterstraße 47

10179 Berlin

Telefon: (030) 90223-1228

E-Mail: IMK2023@seninnds.berlin.de

Ständige IMK-Geschäftsstelle:

Bundesrat

Leipziger Straße 3-4

10117 Berlin

Telefon: (030) 18 91 00 -

162 (Gst), 150, 160, 161 oder 0

E-Mail: Mail-IMK@bundesrat.de

22. August 2023

Stellungnahme der IMK zum öffentlichen Konsultationsverfahren der RSPG zur europäischen Frequenzstrategie im UHF-Band 470 - 694 MHz nach 2030

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) danke ich Ihnen für die Möglichkeit der Partizipation im o. g. Konsultationsverfahren. Die Positionierung des Bundes zum europäischen Positionierungsentwurf vom 05.05.2023 zur Frequenzverteilung im UHF-Band 470 - 694 MHz im Zuge der World Radio Conference 2023 (WRC-23) aufgreifend, musste ich feststellen, dass die notwendigen Bedarfe deutscher Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im vorliegenden Entwurf der UHF-Frequenzstrategie ab 2030 nicht angemessen berücksichtigt werden.

In allen drei skizzierten Szenarien sollen PPDR (Public Protection Disaster Relief), zu denen auch BOS gehören, keine Frequenzen zugewiesen werden. Dies spiegelt sich auch in den Empfehlungen wieder, wonach PPDR nur dann Frequenzen auf nationaler Ebene zugewiesen bekommen sollen, sofern diese nicht mehr für Rundfunk oder Veranstaltungstechnik weiter benötigt werden.

Die Innenressorts der Bundesrepublik Deutschland haben in einem fundierten Strategieprozess ihre Anforderungen und Perspektiven für ein einheitliches und den Bedürfnissen der BOS gerecht werdendes Breitbandnetz erarbeitet und beschlossen. Im

Wesentlichen umfasst dieses drei Kernelemente: **(1) eine Öffnung des UHF-Bands für den Mobilfunkdienst, (2) eine ko-primäre Nutzung** der Frequenzen und **(3) eine Festlegung auf den Frequenzbereich zwischen 470-694 MHz** (UHF-Band).

Ein mobiles Breitbandnetz für die BOS auf Basis zugewiesener Frequenzen ist unverzichtbar, um Einsatzlagen auch in Zukunft erfolgreich bewältigen zu können. Einsatzlagen finden in Ballungsräumen ebenso wie in ländlichen Regionen statt. Aus diesem Grund ist die hohe regionale Verfügbarkeit eine wichtige Anforderung an die Einsatzkommunikation, der Deutschland in Zukunft über ein mobiles, bedarfsgerechtes Breitbandnetz für die BOS auf Basis zugewiesener Frequenzen Rechnung tragen will (Breitbandstrategie). Das Spektrum zwischen 470 und 694 MHz ist der dafür einzig qualitativ geeignete, mögliche Frequenzbereich. In der Bundesrepublik Deutschland werden für den Zeitraum nach 2030 voraussichtlich keine anderen Frequenzen für den Betrieb eines bundesweiten BOS-Kommunikationsnetzes zur Verfügung stehen. Ohne die Öffnung des UHF-Bandes für den Mobilfunkdienst der BOS und Bundeswehr sind der Funkverkehr von Sicherheitskräften sowie alle einsatzrelevanten Maßnahmen, die ein Breitbandnetz fordern, nicht mehr gesichert.

Einsatzkräfte benötigen eine unterbrechungsfreie Funkverbindung und nur die ko-primäre Zuweisung und entsprechende Berücksichtigung im vorliegenden Entwurf der UHF-Frequenzstrategie ab 2030 kann dies garantieren und somit für alle Beteiligten Planungssicherheit herstellen.

Im Ergebnis werden die sicherheitspolitischen Anforderungen Deutschlands in der Zukunft (z. B. Terrorlagen, Naturkatastrophen, Energiemangellagen) ohne eine ko-primäre Öffnung des UHF Bandes für den Mobilfunk spätestens ab 2030 nicht umsetzbar sein. Es wird dann ab voraussichtlich Mitte der 2030er Jahre keine digitale Souveränität für die einsatzkritische Sprach- und Datenkommunikation von Polizeien, Feuerwehren, Rettungsdiensten, Katastrophenschutz und weiteren BOS mehr geben.

Als IMK-Vorsitzende bitte ich Sie, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, sich im Sinne der Inneren Sicherheit Deutschlands einzusetzen und die ko-primäre Nutzung des UHF-Bandes durch den Mobilfunk nach 2030 in der europäischen Frequenzstrategie zu verankern.

Mit freundlichen Grüßen


Iris Spranger